

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nummer 120.- M. Durch Aussträger 500.- M. pro Woche. Durch die Post 2000.- M. pro Monat und Nachzahlung d. Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft Redaktionsprechstunde: 5-6 Uhr nachmittags. - Postfachkonto Nr. 81050. - Fernschreib-Anschluß: Breslau, Kling 8887

Dienstag, 27. März 1923.

Anzeigenpreise: Die Doppeltene Millimeterzeile über deren Raum 50.- Mark Stellen- und Wohnungsgesuch, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 15.- M. Kleine Anzeigen per Wort 3.- Mark. - Kellam: Die Millimeterzeile Doppelt, über deren Raum im Text 150.- Mark

## Kampfmaßnahmen!

### Gegen den räuberischen Überfall des französischen Imperialismus auf das Ruhrgebiet und die drohende Kriegsgefahr! Manifest der Frankfurter Konferenz.

Die in Frankfurt tagende internationale Konferenz, die auf Initiative der rheinisch-westfälischen Betriebsräte einberufen wurde, und die besetzt ist von Delegierten der wichtigsten europäischen Länder und vereint Arbeiter der verschiedenen Richtungen: Sozialdemokraten, Unabhängige Syndikalisten, Kommunisten und revolutionäre Gewerkschaftler, beschließt auf Grund der durch die Ruhrbesetzung geschaffenen Lage:

1. Der Kampf gegen die Okkupation muß national und international, besonders in Deutschland, Frankreich und Belgien, in gesteigertem Maße fortgeführt werden. Die Lösung in diesem Kampfe ist:

#### Hinaus aus den okkupierten Gebieten!

2. für die Beseitigung aller internationalen Raubverträge und vor allem gegen den Vertrag von Versailles

3. Zur Durchführung dieses Kampfes ist eine planmäßige Agitationsarbeit in der Armee:

im allgemeinen und unter den Truppen im besetzten Gebiet im besonderen zu führen. Die Aufklärungsarbeit unter den weißen und farbigen Soldaten ist die wichtigste Aufgabe der nächsten Periode.

4. Zwischen der Arbeiterschaft und den Truppen im besetzten Gebiet ist eine systematische Arbeit zur Verbrüderung dieser von den feindlichen Bourgeoisien aufeinander gesetzten Arbeitsklaven zu organisieren. Den französischen, belgischen und englischen Soldaten muß durch die Tat bewiesen werden, daß die deutschen Arbeiter den herrschenden Klassen in Deutschland und Frankreich gleichermaßen unpersonlich gegenüberstehen.

5. Der notwendige Aufbau der zerstörten Gebiete ist auf Kosten der herrschenden Klassen aller Länder

unter Kontrolle der proletarischen Organisationen durchzuführen, bis der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete durch den allgemeinen sozialistischen Aufbau gelöst wird.

6. Die Arbeit unter der Jugend, unter den Frauen und den ehemaligen Kriegsteilnehmern und -opfern muß in verstärktem Maße in allen Ländern aufgenommen werden. Die revolutionären Jugendorganisationen und internationalen Kriegsteilnehmerorganisationen, die schon ihren Kampf erfolgreich begonnen haben, müssen, wie die revolutionären Frauen, noch mehr zum aktiven Kampf des Gesamtproletariats gegen den Krieg, Imperialismus und Faschismus herangezogen werden.

7. Aus allen Ländern, besonders aus Frankreich, Belgien und England müssen

#### Reisende von Vertretern aus den Betrieben und Gewerkschaften nach dem Ruhrgebiet

organisiert werden, damit diese Vertreter mit der Lage der Arbeiter im besetzten Gebiet bekannt werden, die unter dem Doppelschlag ihrer eigenen und fremden Ausbeuter schmachten.

8. Es müssen

#### deutsch-französisch-russische Bruderschaften

der Arbeiter der wichtigsten Industriezweige, vor allem der Eisenbahnen, Berg- und Metallarbeiter gebildet werden. Aufgabe dieser Bruderschaften ist es, gemeinsame Solidaritätsaktionen vorzubereiten und durchzuführen und mitzuhelfen, die vom Aktionskomitee organisierten internationalen Aktionen den entsprechenden Umständen gemäß zu koordinieren.

#### 9. International und national müssen Kontrollkommissionen

aus den Arbeitern jener Industriezweige gebildet werden, die für den Transport und die Herstellung der Kriegsmittel verwendet werden (Arbeiter der Rüstungsbetriebe, Luftfahrzeuge, chemische Fabriken, Bergbau, Seeleute, Eisenbahner und Transportarbeiter). Diese Kontrollkommissionen müssen in erster Linie an den Grenzen, in den

Eisenbahnknotenpunkten und den wichtigsten Häfen geschaffen werden.

10. Spezialkonferenzen von Vertretern der Betriebsräte und Gewerkschaften aus Deutschland, Frankreich, Belgien und den besetzten Gebieten, besonders aus Paris, Brüssel und Rheinland-Westfalen, sowie Berlin, müssen sofort organisiert werden zur Erörterung aller Fragen, die mit der Lage der Arbeiterklasse im besetzten Gebiet verbunden sind, um über die zweckmäßigsten gemeinsamen Kampfmaßnahmen zu beraten.

11. Vom 15. bis 22. April muß in allen Ländern eine internationale Protestwoche gegen die Besetzung des Ruhrgebietes

durchgeführt werden. Diese Demonstrationen und Demonstrationen müssen ausgeweitet werden zu massiven Kundgebungen gegen den Versailler Raubvertrag, gegen die Kriegsgefahr und gegen den Faschismus. Zu diesen Kundgebungen sind die Arbeiterorganisationen aller Richtungen und hauptsächlich die breiten parteilosen Massen der Arbeiterklasse heranzuziehen.

12. Während dieser Woche muß in den Parlamenten aller Länder und den Gemeinden die außerparlamentarische Kampagne gegen die Kriegsgefahr und Ruhrbesetzung unternommen werden.

13. In dieser internationalen Protestwoche muß überall gegen die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie

der Kampf aufgenommen werden. Die Schaffung der proletarischen Einheitsfront und die Organisation eines internationalen Streites

im Falle diplomatischer und kriegerischer Verwicklungen kann nur siegreich durchgeführt werden durch ständigen zähen und unerbittlichen Kampf gegen all die verschiedenen Maßnahmen der Kapitaloffensive.

14. Die internationale Konferenz wählt aus ihrer Mitte Delegationen, die mit der Amsterdamer und zweiten Internationale, der Wiener Arbeitsgemeinschaft, sowie den Organisationen der Arbeiter der verschiedenen Länder über die Vorbereitung und Durchführung dieser Protestwoche und die Bildung der proletarischen Einheitsfront zum Kampf gegen Faschismus, Kriegsgefahr und Versailler Friedensvertrag verhandeln. Diese Delegationen werden aus Anhängern der verschiedenen, auf der Konferenz vertretenen Richtungen zusammengesetzt.

15. Die Konferenz wählt ein 21gliedriges internationales Aktionskomitee

aus Vertretern aller auf der Konferenz anwesenden politischen und wirtschaftlichen Organisationen. Schließen sich nach der Konferenz noch nicht vertretene politische oder gewerkschaftliche Organisationen der internationalen Kampffront an, so können diese Vertreter in dieses internationale Aktionskomitee delegieren.

16. Das internationale Aktionskomitee wird in seiner Eigenschaft als außerparteiliches Organ beauftragt, kameradschaftliche Beziehungen mit den Arbeiterorganisationen aller Richtungen anzuknüpfen und aufrecht zu erhalten. Wo sich die Spitzen der nationalen und internationalen Organisationen weigern, mit dem Komitee zusammenzuarbeiten, wird dasselbe beauftragt, sich über die Köpfe der Führer unmittelbar an die Massen, die Betriebe, die Betriebsräte und die örtlichen Organisationen zu wenden.

17. Das internationale Aktionskomitee hat die Aufgabe, alle politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Welttätigen zum Kampf gegen den internationalen Imperialismus zusammenzufassen. Zu diesem Zweck soll das internationale Aktionskomitee mit allen Arbeiterorganisationen über die Einberufung eines internationalen Arbeiterweltkongresses

zum Kampf gegen Krieg, Imperialismus und Faschismus verhandeln.

18. Die Konferenz beauftragt das internationale Aktionskomitee, einen Kampffonds zur Aufbringung der Mittel für die Einberufung der internationalen Einheitsfront Kampffront zu schaffen. Alle Arbeiter sind beauftragt, Sammlungen für diesen Kampffonds zu organisieren und die gesammelten Beiträge an das internationale Aktionskomitee anzuliefern.

(Die Ausführungsbestimmungen für einzelne Länder

## Zu dem Streit in Oberschlesien.

Von Anton Jadasch-Gleibitz.

### Die Ursachen des Streites.

Nach den nationalen Kämpfen und Kämpfen in Oberschlesien blieben in Deutsch-Oberschlesien ziemlich starke nationalistische „Selbstschutz“-verbände oder Ortschaftsformationen bestehen. Diese Formationen hatten bis zum Jahre 1922 hauptsächlich der nationalen Abwehr gegen die Polen gedient. Zugleich aber dienten sie als Terrorformationen gegen die klassenbewußten Arbeiter. Von den Unternehmern wurden sie ausgehalten. Die Bismarckhütte hatte nach Ansicht des Obmannes Bedniewski in die Geschäftsbücher bereits im Jahre 1920 einen Posten von 6 Millionen Mark für die Selbstschutzbände ausgegeben. Wehliche Summen stifteten im selben Jahre die festschlesischen Gruben von Königshütte, Bieschowitz und Zaborze. Desgleichen stifteten 1921 auch von vielen anderen Privatbetrieben Nachrichten über Zuschüsse an die Selbstschutzbände durch. In letzter Zeit wurden diese Formationen eine direkte Gefahr für die Arbeiterschaft. Unter unversänglichen Namen wie „Wertswehr“, „Wertsameradtschaft“, „Werts- und Grubensportverein“ übten sie auf einzelnen Anlagen einen ungeheuren Terror gegen die Arbeiterschaft aus. Sie bildeten das Spiegelbild der Verwaltungen und Direktionen.

Ja, es kam sogar so weit, daß man durch diese Formationen in den Betrieben mißliebigen Organisationssekretären den Eintritt in den Betrieb verwehrte. Natürlich mußte als eine Reibung mit der Arbeiterschaft erfolgen.

In manchen Betrieben wirkten sich die Terrorformationen im Interesse der Unternehmer sehr scharf aus.

Unter solchen Umständen rückte die Zeit heran, wo durch eine tarifliche Vereinbarung, an die krankfeiernden Arbeiter von der dritten Woche ab der Soziallohn zum Krankengeld gezahlt werden sollte. Desgleichen sollten an die Invaliden und Witwen eines jeden Wertes 45 Zentner Deputatslohn gegen eine Schreibgebühr von 0,50 Mark per Zentner verabfolgt werden. Dafür sollten die arbeitsgemeinschaftlichen Sekretäre die Bergarbeiter für Ueberstichtungen im Bergbau gewinnen. Eine Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre wurde, eingeleitet durch die Funktionäre, dazu gebracht, mit knapper Stimmenmehrheit einen Beschluß für Leistung von Ueberstunden durchzuführen. Die Arbeiter jedoch lehnten allgemein die Ueberstichtungen ab.

Nachdem also die Unternehmer die Wahrnehmung machen mußten, daß die Arbeiter keine Ueberstichtungen verfahren wollen, brachen sie die obengenannte tarifliche Vereinbarung. Dies löste urplötzlich eine ungeheure Erbitterung unter den Arbeitern aus. Die radikalen Betriebsräte einzelner Betriebe wurden daraufhin bei ihren Verwaltungen vorstellig und drängten auf Erfüllung der obigen zwei Zugeständnisse.

Dies war das Signal für die Unternehmer, ihre Terrorhorden gegen die Betriebsräte zu hegen. Am schärfsten kam dies im Borjigwerk und der Schwesteranlage Hedwigs wunschgrube zum Ausdruck.

Im Borjigwerk wurden seit länger Zeit Gemehr- und Maschinengewehre waggeweise zum Einschmelzen verbraucht. Aus diesem Material wurde das Brauchbare herausgenommen und durch Schlosser und andere Handwerker wurden gut funktionierende Waffen hergestellt. (In einer Abteilung wurden Tag und Nacht Gewehrrohre hergestellt.) Dies war der Verwaltung nicht unbekannt.

Das Borjigwerk verfügte nicht nur über Waffen, sondern auch über eine starke Organisation der Faschisten.

Die faschistische Organisation fing nun an, die revolutionären Betriebsräte ihres Wertes zu bedrohen. Der Betriebsrat holte die Arbeiterschaft beider Anlagen zusammen, wandte sich an die Polizei und diese beschlagnahmte ein größeres Waffenlager der Faschisten. Ein ähnliches Waffenlager ließen auch die Hindenburg Betriebsräte der Donnersmardhütte den Faschisten durch die Polizei ausheben. Darüber große Entrüstung und Mut unter den Faschisten und ein Beschluß ihrerseits, öffentlich zu demonstrieren gegen die Polizei. Die Arbeiterschaft forderte die polizeilichen Schutzorgane auf, diese Demonstration zu verbieten. Die Demonstration sollte am 24. Februar 1923 in Form eines Fackelzuges stattfinden. Ungefähr 1500-200 18-20jährige Burshen hatten sich zu dieser Demonstration eingefunden. Die Arbeiterschaft griff nicht aktiv ein, weil der sozialdemokratische Polizeipräsident versprochen hatte, die Demonstration zu verbieten. Tatsächlich griff auch die Polizei mit einer Hundertschaft und dann mit zweien ein. Es kam zu einem regel-

# Faschistendebatte im Preussischen Landtag

## Die Sozialdemokraten vertrauen den bürgerlichen Parteien. Severing gegen proletarischen Selbstschutz. Heilmanns Auftreten. Genosse Oberlein rechnet ab.

Die mit diesem Geräusch in der Presse angekündigte Faschistendebatte fand am Sonnabend im Landtage statt. Schon die Einleitung zeigte, daß Sozialdemokraten und sämtliche bürgerlichen Parteien nicht bereit sind, ernsthaft den faschistischen Verschwörern an den Krügen zu gehen. Da die Sozialdemokraten nur eine Anfrage an die Regierung gerichtet hatten, was sie zu tun gedenke gegenüber dem von der Presse genadelten Treiben der Faschisten, sah sich unsere Fraktion genötigt, zu verlangen, einen Antrag der SPD-Fraktion sofort mit zu verhandeln, in dem nicht nur die Auflösung aller faschistischen Formationen und Vereinigungen gefordert, sondern auch das Verlangen ausgesprochen ist,

die proletarischen Selbstschutzorganisationen mit Staatsmitteln und Waffen zu versorgen.

Dieser Antrag wurde jedoch von der bürgerlich-sozialdemokratischen Landtagsmehrheit nicht zur Verhandlung zugelassen.

Von allen Dächern pfeifen es die Spahen, daß die bürgerlichen Parteien den reaktionären Kampforganisationen reiche Mittel zur Verfügung stellen. Von ihnen zu erwarten, daß sie diese Kampforganisationen, die sie aufstellen und finanzieren um sie gegen das Proletariat gebrauchen zu können, mit Stumpf und Stiel ausrotten, dazu ist nur ein politischer Analphabe imstande. Aber daß in dieser Situation auch die Sozialdemokraten jegliches ernsthafte Vorgehen gegen die Faschistenbanden ablehnten, zeigt, wieviel Arbeit die SPD und die sozialdemokratischen Arbeiter aufbringen müssen, um ihre Führer zum Kampf gegen die Reaktion zu zwingen.

Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Abg. Hauschild, der die Große Anfrage seiner Fraktion begründete, stand auf dem Niveau des politischen Analphabeten, wenn er erklärte: „Ich habe das Vertrauen, daß die jetzt aufgedeckte Umsturzverschwörung alle bürgerlichen Parteien zur Erkenntnis bringen wird, daß man gegen die Korbhacker und sonstigen monarchistischen Verschwörer keinerlei Mitleid walten lassen darf.“

Diese kindliche Auffassung zerstörte sowohl der volksparteiliche Redner v. Gumbel und selbstverständlich auch der deutschnationale Fraktionsredner Schlange. Beide setzten sich mit großer Wärme für die verfolgte faschistische Unschuld ein, die nur von linksradikalen Bewegungen auf Abwege gedrängt worden sei. Auch

### Severing

erklärte ergangsline: Redner, er wolle keine sensationellen Enthüllungen bringen, es sei auch nicht richtig, daß er einen scharfen Kampf gegen die nationalsozialistischen Verbände führen wolle. Wahr sei nur, daß er gegen alle Ruhestörer im Staate, von rechts wie von links, vorgehen wolle. Die

Meldungen der gesamten kommunistischen Presse über den vorbereiteten Selbstschutz

behritt er, und behauptete, das Reichswehrministerium sei in diesen Dingen rein und habe die größte Energie gegen solche Bestrebungen gezeigt. Nicht ganz so widerstandsfähig seien jedoch einige Offiziere gewesen. Korbhach habe in Potsdam sich mit Offizieren aus dem ganzen Reich verhandelt. Er möchte dann Mitteilungen, daß zwischen der deutschnationalen Bewegung in Preußen und der Nationalsozialistischen Partei in Bayern Vereinigungsbestrebungen geführt werden, von denen

### Sittler und Ludendorff die Führung

sich fordern. Die deutschnationalen und nationalsozialistischen Kreise haben in ihren Bepfehlungen Entschliessungen gefaßt, sich unter keinen Umständen die Auflösung am 31. März gefallen zu lassen, vielmehr die Auflösung mit einem Pulsch zu beantworten, wobei sie erwarten, daß die Reichswehr sich in wohlwollender neutraler Haltung zeigt. Severing verließ weiter einige Momente, von denen er sagt, daß ihre Durchführung ein Blutbad im Lande bedeute. Rechtsgerichtete Organisationen haben auch gegen sozialistische Regierung der einzelnen Länder oder von sozialistische Minister in den einzelnen Landesregierungen sitzen, einer Diktaturterror geplant. Es ist die Lebensnotwendigkeit nach solchen Gebieten abgelehnt, deshalb die Korbhach unterhanden werden. So hat Korbhach den Plan erwirkelt, die Kohlenzufuhr nach Thüringen zu unterbinden, weil dort die deutsch-nationalistische Bewegung unterdrückt werde. Severing gab auch die Tatsache zu, daß die Korbhachorganisationen wie zahlreiche andere unter den verschiedenen Namen existierenden Kampfbünde der Reaktion kraft militärisch organisiert sind, militärische Übungen veranstalten und zahlreiche Waffen besitzen. In der Pole des Staatsmannes einer Klasse verhielt Severing dann, daß er trotzdem die volkliche Bewegung schwer belastendes Material dem Oberreichsanwalt übermitteln habe, denn aus nationalen und sozialpolitischen Gründen verbiete es sich, schon jetzt vor der Öffentlichkeit auf alles, was an Belastungsmaterial vorliege, einzugehen. Den faschistischen Umsturzorganisationen kündigte Severing Kampf an, da sie unter dem Deckmantel legaler Selbstschutzbünde Hochverrat betrieben.

gemeinsam zum entscheidenden Schlag aus. Der Kampfeswille wird gebrochen durch die Mitteilung, welche nachmittags verlautet wird, die Unternehmer hätten die Massenentlassungen rückgängig gemacht und seien bereit, die 5 entlassenen Betriebsräte in andere Betriebe einzustellen. Ebenso erklären die Unternehmer durch die Sekretäre der Arbeitsgemeinschaft, daß sie noch wie vor nicht daran dächten, die Faschisten zu unterstützen. Außerdem seien sie bereit, sofort über den Marktmarkt und die beiden stützigen Punkte, den Soziallohn an transferierende Arbeiter und die Kohle an Jwaiden und Witwen zu verhandeln und auch zuzugeben.

Nach diesem Schlag, welcher so fern und tödlich geföhrt ist, gelangt es einem Teil der arbeitgemeinschaftlichen Betriebsräte, nach vorheriger Bearbeitung durch Schmidt vom Hauptvorstand des ADGB zum Wanken zu bringen. Mit 122 gegen 85 Stimmen, bei Ausschluss von 80 Unionsbetriebsräten, wird der Streik abgeblasen.

Ungeheurer Wut hat sich der Belegschaften und Betriebsmitglieber bemächtigt.

Aber die Massen sind durch 8 Tage Streik auf einer Seite abgekämpft, während die Belegschaften der übrigen Anlagen, die gearbeitet haben, empfinden nicht eingetreten werden.

### „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!“

Da am Freitag abend abgehaltenen, von tausenden Arbeitern besuchten Belegschaftsversammlungen gaben ein gales Bild davon, daß die Arbeiter den wohlüberlegten Schritt durchzuführen haben. Kein Sekretär der Arbeitsgemeinschaft durfte sich

Wir kennen Severings Kampf gegen rechts und wissen, was wir davon zu halten haben. Der Mann, der vielfach behauptete, alle Dregel- und ähnlichen Formationen seien aufgelöst und existieren nicht mehr, hat

mit dem Reichswehrministerium ein Abkommen getroffen,

wonach die Selbstschutzbünde bis 31. März d. J. existieren dürfen. Severing wird auch weiterhin Energie zur ernsthaften Verfolgung der faschistischen Verschwörer nicht aufbringen und sich zufrieden geben, wenn die der Auflösung verfallenden Verschwörerbände unter neuem Namen ihre Organisation wieder aufleben lassen resp. fortsetzen. Es wirkte darum geradezu provokatorisch, wenn Severing ausführte, die Kommunisten haben der Regierung zugemutet, sie solle die proletarischen Selbstschutzorganisationen unterstützen und mit Waffen versehen. Soweit darf man doch wirklich die Selbstverleugnung nicht treiben. Das hieße ja verlangen, die Hand zum Selbstmord zu bieten. Von der Preussischen Regierung werden Selbstschutzorganisationen jeglicher Art verboten, sie werden aufgelöst und es wird dafür gesorgt, daß die Schuldigen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. In frecher Verhöhnung der Arbeiterschaft

nannte der sozialistische Minister die proletarischen Selbstschutzorganisationen „Banden“

In den Arbeiterstädten wie Gabelsberg, Sulz und Remscheid sei der Name Arbeiter so geschändet, daß man dort von proletarischen Organisationen zum Selbstschutz wie von Räuberbanden rede. Severing schloß seine Rede mit einem Appell an alle Vernünftigen im Lande, die der Polizei helfen sollen Ordnung zu schaffen. Dazu erwarte er auch die Mitarbeit der Deutschnationalen, denen er im übrigen zu ihrer Ehre zu gestehen wollte, daß sie mit den Korbhachern keine Gemeinschaft hätten!

Nach Severing sprach Abgeordneter Schlange für die Deutschnationalen, der versicherte, daß der starke Appell des Ministers an seine Partei bei ihnen Gehör finde, er wolle den vom Minister zum Schluss ausgesprochenen Appell an alle Vernünftigen entschieden unterstützen. Nach Schlange sind die Korbhachern und deutschnationalen Verschwörer unschuldige Männer, die man so, wie es geschehen sei, nicht behandeln dürfe. Was man ihnen zum Vorwurf mache, seien nur politische Kinderreien und Entgleisungen einzelner. Unerbört seien die Haftbefehle gegen Wulle, Graefe usw.

Dem deutschnationalen Gausler folgte der sozialdemokratische Gausler Heilmann. Heilmann verteidigte zunächst Severing gegen Schlange,

es sei nie ein Haftbefehl gegen Wulle und Graefe erlassen worden.

Auch Heilmann bedauert, daß leider die Deutschnationalen die deutschnationalistische Bewegung noch unterstützen. Ein komisches Bedauern! Heilmann mußte zugeben, daß der Kampf, den seine Partei und Severing gegen die bewaffnete Reaktion führen, noch zu keinem vollen Erfolg geführt habe, was ja auch kein Wunder ist, da die Haltung Heilmanns und seiner Partei nur zu einem vollen Mißerfolg führen müßte. Zu diesem Mißerfolg muß auch weiterhin Severings Kampf führen, wenn die Sozialdemokratie nach den Worten Heilmanns

auf den Weg der Bildung von Abwehrorganisationen des Arbeiterschaft jetzt nicht treten will.

Heilmann will mit seiner Partei erst dann für den proletarischen Selbstschutz eintreten, wenn die Staatsmacht gegenüber dem Terrorismus der Reaktionäre völlig versagt. Bis dahin aber gelte der Satz:

„Es verständig sich am allgemeinen Wohl, wer selbst sich hilft in seiner eigenen Sache.“

Mit diesem spießbürgerlichen Worte „Zells“ glaubte der SPD-Redner die proletarische Lösung, daß die Betreibung des Proletariats sein eigenes Werk sein muß, abtun zu können.

Campbell von der Stinnespartei bedauerte, daß die Debatte überhaupt zustande gekommen sei, und verlangte Vorforsorge, daß vor dem Staatsgerichtshof, an den das Material durch die Regierung eingereicht sei, gegen die Verschwörer nicht öffentlich verhandelt werde, da das dem Staatsinteresse widerspreche!!

### Genosse Oberlein

brandmarkte die offenen und verdeckten Helfer der Reaktion und faschistischen Mordbanditen. Er zeigte die Falschheit des Kampfes, den Severing und die SPD angeblich führen. Der Schluss seiner Rede klang aus in einem energiegelben Aufruf an das Proletariat, auf dem beschrittenen Wege der Bildung kraftvoller Abwehrformationen fortzuführen, und den Widerstand der SPD-Führerschaft niederzubrechen.

Wegen Raummangel können wir die Rede des Genossen Oberlein erst in der morgigen Ausgabe wiedergeben.

Die Redaktion.

auf diesen Versammlungen sehen lassen. In Hindenburg z. B. wäre ein solcher ohne weiteres gelohnt worden. Die Massen fühlen sich verraten und müssen zurück in die Betriebe.

Jedoch, — aufgeschoben ist nicht aufgehoben — löst es aus der Mitte der Arbeiterschaft. Hierig wird die Parole der Bildung proletarischer Abwehrformationen aufgenommen und diskutiert.

Trotzend ballen sich Arbeiterfäuste und murmeln in deutsch — und polnisch: „Mieruna. Nächstens wirds anders gemacht worden.“

Gleich von vornherein hat die gesamte bürgerliche Presse mit ungeheurer Geschrei von einer „kommunistischen Wache“ gebrüllt und mit den schmutzigsten Mitteln die Streitenden überschüttet und gebrandmarkt. — So endete ein Kampf, welchem eine durchschlagende Führung geföhrt hatte.

### Die Presse zu dem „Erfolg“ der Gewerkschaftsführer.

Daß die bürgerliche Presse ob solchen Ausganges dieses Kampfes jubelt, ist verständlich. So schreibt die „Schlesische Zeitung“, das Organ der schlesischen Großhändler, unter der Überschrift: „Ablehnung des Generalstreiks in Oberschlesien“ u. a.:

Die Abstimmung entschied schließlich mit 122 Stimmen für die Annahme der Eingungsvorschläge, 85 Stimmen waren dagegen. Damit ist der Generalstreik abgelehnt!

Anschließend daran schwindelt sie luftig darauf los:

Die Zahl der zur Arbeit zurückgekehrten Arbeiter hätte heute weiter zugenommen. Auf der Hälfte von Postwert

rechten Feuergefecht zwischen Polizei und Faschisten. Die Faschisten, bezwungen, drohten mit Rache. Da griffen die Arbeiter ein und auf einigen Konferenzen wurde Stellung zum Faschismus genommen. Am 6. März beschloß eine Konferenz der Freien Gewerkschaften, Unionisten, SPD, KPD und einigen andersorganisierten Betriebsräten, am 9. März, von 1—3 Uhr nachmittags, die Arbeit stillzulegen und Demonstrationen zu veranstalten. Dieser Beschluß wurde von den Betrieben der Kreise Hindenburg und Beuthen restlos durchgeführt. Die Industrie-Arbeiterschaft in Gleiwitz versagte bis auf einige Betriebe.

Auf diese Demonstration hin antworteten die Unternehmer mit Entlassungen und Absetzungen der Obleute vom Betriebsrat. Das Vorkriegsmitglied fristlos seinen Obmann und noch ein Betriebsratsmitglied am 15. März. Die Concordiagrube tat daselbe, indem man hier den Obmann Tunt und das Betriebsratsmitglied Hassa (freie Gewerkschaftler und KPD-Leute) entließ. Die Castellengrube ließ durch Schlichtungsanspruch am 16. März den Obmann Bias absetzen und entließ ihn obendrein fristlos. Der Obmann gehörte der Union an. Hedwigwünschgrube ließ ihren Obmann durch Schlichtungsanspruch absetzen.

### Beginn und rasche Ausdehnung des Streiks.

Diese Maßregelungen bildeten für die betroffenen Betriebe das Signal zum Streik.

Am Donnerstag, den 15. März, trat zuerst das Vorkriegsmitglied in den Streik. Verhandlungen mit der Direktion waren erfolglos. Die Belegschaft belagerte das Verwaltungsgebäude. Der Generaldirektor flüchtete im Auto. Im selben Moment telephonierte aus dem Stahlwerk (der Orgechanlage) ein Orgechanjüngling den Betriebsrat an und fragt, „wann denn die Schweinerei vor dem Verwaltungsgebäude zu Ende sein wird“. Nachdem die Belegschaft diese höhnische Herausforderung hört, stürmte sie das Stahlwerk und verprügelte die dort anwesenden Faschisten. Der Orgechanführer sah, wurde aber erfahrt und erhielt eine Tracht Prügel.

Daraufhin Untersuchung des Betriebes und Beschlagnahme eines Kisten Waffenlagers durch die Arbeiter. Die Belegschaft trat in den Streik. Von Mittag ab schloß sich die angrenzende Hedwigwünschgrube mit über 4000 Mann an. Vorkriegsmitglied zählt jetzt 6000 Mann Belegschaft. In der Nacht fällt die organisierte Faschistentruppe in das unbesetzte Betriebsratsbüro ein und demoliert das Mobil. Darob noch größere Entrüstung unter den Arbeitern.

Am Freitag, den 16. März, werden auf Concordiagrube (4500 Mann Belegschaft) der Obmann Tunt und der Betriebsrat Hassa entlassen. Die Belegschaft legt die Arbeit nieder. Ihr schließt sich die Donnersmarchhütte mit über 3000 Mann Belegschaft als Schwesterbetrieb an. Desgleichen erklärt die zur selben Aktiengesellschaft gehörende Abwehrgrube ihre Solidarität und tritt vom Mittag ab in den Streik mit 4500 Mann.

Am Freitag, den 16. März, verhandelt der Schlichtungsausschuß Gleiwitz über die Absetzung des Obmannes Bias von der Castellengrube. S. wird abgesetzt. Die Belegschaft mit 2700 Mann tritt in den Streik.

Ebenso treten am Sonnabend die der Heinrichgrube und Ludwigsgrube in den Streik. Am Montag tritt Juliengrube, Bobref, mit annähernd 6000 Mann in den Streik aus Solidarität.

### Die Gewerkschaftsführer stellen sich an die Spitze!

Für Sonntag beriefen die Gewerkschaften einen Betriebsratskongreß nach Hindenburg-Zaborze. Die freien Gewerkschaftler und Unionisten wollen die Proklamation der Unternehmer beantworten mit Generalstreik. Die Christlichen, Hirsch-Dunkerischen und polnischen Gewerkschaftler aber bremsen mit aller Macht. Der Kongreß beschließt ultimativ, bis Mittwoch die Proklamierung des Generalstreiks vorzunehmen, wenn die Unternehmer die fünf Betriebsräte nicht wieder einstellen.

Regierung und Oberbergamt greifen ein. Die Verhandlungen gehen weiter. Die Arbeitsgemeinschaftler händeln. Am Mittwoch erneuter Kongreß um 10 Uhr vormittags. Entschlossene Stimmung herrscht bei den Betriebsräten. Doch schon zeigt es sich, daß die Führerschaft der Christlichen Gewerkschaften die der Freien Gewerkschaften jenseitigt hat. Die Union mit ihren 80 Betriebsräten der drei genannten Kreise wird nicht zugelassen. Die Christlichen rechnen mit einer Sprengung des Kongresses durch die Union und Arbeiterschaft, um dann den Saal verlassen und das Odium der Zerstückelung der einheitlichen Kampffront auf die Union abwälzen zu können. Einige Gewerkschaftsführer geben aus das zu verstehen. Die Union wartet mit ihren Betriebsräten vor dem Lokal. Beschluß des Kongresses: ultimative Forderungen der Arbeiter, Entscheidung am nächsten Tage, also Donnerstag, nachmittags 5 Uhr. Während dieser Zeit eifriger Anbahnhandel zwischen Gewerkschaften und Regierungsvertretern.

### Die Gewerkschaftsführer würgen den Streik ab.

Telephonisch wird die für Donnerstag nachmittags angekündigte Konferenz auf Freitag, 10 Uhr vormittags, verschoben. Dieser Trick bringt Unordnung unter die streikenden Arbeiter. Die Unternehmer hängen in den streikenden Betrieben Plakate aus, welche belegen, daß, wer länger als drei Tage von der Arbeit fernbleibt, keinen Anspruch auf Weiterbeschäftigung hat und als entlassen gilt. Am Freitag vormittags ist auf den Anlagen Vorkriegsmitglied Hunderte von Arbeitern belagert bei der Vorkriegsmitglied ihre Entlassung. Die Streitenden werden durch diesen Trick von ihren eigentlichen Forderungen abgelenkt und beschäftigen sich mit den Massenentlassungen. Jeder Entlassene denkt an seine Person. In diesem Moment tritt Freitag früh noch Preussengrube mit 4500 Mann in den Streik.

Nachdem also der Kampf auf ein anderes Gleis (die Massenentlassungen) konzentriert ist, haben die Arbeits-

war fast die Hälfte der Belegschaft wieder an der Arbeit, auf der Donnerstagsmarke wurde in der Fabrik, die gestern noch im Streik war, wieder gearbeitet, auch auf den bestellten Gruben waren mehr Arbeiter angefahren als an den Tagen vorher.

Kommt dann aber doch zur Bestimmung:

„In welchem Umfange auf den einzelnen Werken morgen die Arbeit wieder aufgenommen werden wird, hängt von der Stimmung der einzelnen Belegschaften ab. Als Sonnabend ist der Tag für die Wiederaufnahme der Arbeit nicht gerade günstig, zumal heute der Sonntag vorangegangen ist.“

erinnert sich jedoch wieder an die bösen Kommunisten: „Außerdem läßt die kommunistische Agitation, wie bereits im letzten Abendblatt gemeldet wurde, darauf hinaus, die Arbeiter nicht zur Ruhe kommen zu lassen.“

und schließt besorgt: „Da aber trotz des verhältnismäßig großen Prozentsatzes der Kommunisten unter den Betriebsräten, bei der Mehrheit der ober-schlesischen Arbeiterschaft offenbar keine große Streikneigung besteht, ist zu hoffen, daß diese neue Bewegung nicht weiter um sich greifen wird.“

Der „Volkswille“ hat die Stirn, die von den Gewerkschaftsführern „vorbehaltlich angenommen“ vier „Punkte“ als „Zugeständnisse der Arbeitgeber“ zu bezeichnen! bringt diese Zugeständnisse zum Abdruck und fährt dann fort:

„Die Vertreter der Gewerkschaften glaubten trotz schwerwiegender Bedenken mit Rücksicht auf die allgemeine Lage (1), schließlich dieser Erklärung ihre Zustimmung geben zu sollen.“

Für das Proletariat wäre es allerdings besser gewesen, wenn die „Vertreter der Gewerkschaften“ gerade „mit Rücksicht auf die allgemeine Lage“ geglaubt hätten, dieser Erklärung ihre Zustimmung nicht geben zu sollen!

Das „Volksblatt“ vom 24. März berichtet über den Ruhehandel und die Kapitulation der Gewerkschaftsführer u. a.:

„Nach langem Zögern ist es endlich gelungen, am Donnerstag nachmittag die beteiligten Arbeitgeber an den Verhandlungen zu bringen. Die Verhandlungen, die gestern abend um 6 Uhr begannen und von Herrn Regierungsrat Dr. Brandts geleitet wurden, gestalteten sich von vornherein sehr schwierig. Die Arbeitgeber waren allem Anschein nach zu den Verhandlungen mit dem festen Willen gekommen, die gemäßigten Betriebsräte unter keinen Umständen wieder einzustellen. Alle Hinweise der Arbeitnehmervertreter auf die Erschütterungen, die das Wirtschaftsleben treffen würden, konnten die Unternehmer nicht anderen Sinnes machen. Nach Stundenlangen Verhandlungen unterbreiteten sie nachts 12 Uhr ihren Vorschlag.“

(Wir brachten ihn in der Sonntag-Ausgabe d. Red.) Demnach war es „sehr schwierig“ den Unternehmern diese Zugeständnisse zu entreißen! Ja, ja! Ihr Herren Gewerkschaftsführer! Ihr habt es nicht leicht!... Hoffentlich ruht Ihr Euch jetzt auf den erworbenen Lorbeeren tüchtig aus, damit ihr beim nächsten Male doch wenigstens solange aushalten werdet, solange die Unternehmer zögern und bis sie Euch selbst wieder mit solchen „Zugeständnissen“ aus der Klemme helfen. Zu den Punkten selbst schreibt das „Volksblatt“:

„Die Durchführung der einzelnen Punkte soll in loyalen Weise geschehen. Auch ließen die Herren durchblicken, daß es sich bei den Verhandlungen über die Bewährung von Soziallohn an Krankeisende und Deputatlohn für Witwen und Invaliden nur um eine Formsache handele. Es ist selbstverständlich, daß dieses Verhandlungsergebnis die Organisationsvertreter nicht befriedigt. Sie haben deshalb dem Abkommen nicht vorbehaltlos zugestimmt, sondern die Entscheidung der Revisionskommission überlassen.“

Daß diese einzelnen Punkte „in loyalen Weise“ durchgeführt werden, zumal die Verhandlungen über den Soziallohn an Krankeisende nur Formsache sind und die Unternehmer ja nur darauf warten, das an den Arbeitern begangene Unrecht wieder gutzumachen, glauben wir dem Volksblatt aufs Wort!

Daß aber dieses Verhandlungsergebnis die Organisationsvertreter nicht befriedigt, ändert sehr wenig an der Tatsache, daß sie durch die vorbehaltliche Annahme dieser Kapitulationsbedingungen dem Proletariat eine sichtbare Niederlage beigebracht haben, für die die Proleten mit aller Brutalität mit ihnen abrechnen müssen und abrechnen werden.

### Die Belegschaft der Preußengrube im Streit gegen die „Ruhhilfe“

Wie wir erfahren, trat die Belegschaft der Preußengrube am 23. d. Mts. geschlossen in den Streit, weil ihr ein Stundenlohn für die Ruhhilfe abgezogen worden ist.

Die Arbeiter der Preußengrube gehen da der gesamten Arbeiterschaft mit bestem, leuchtenden Beispiel voran. Solange die von den Unternehmern für die „Ruhhilfe“ eingenommenen Gelder in dunkle Kanäle fließen und gegen die Arbeiter verwendet werden, darf kein Arbeiter auch nur einen Pfennig für diese nationalistische Ruhripende sich abziehen lassen, denn die Arbeiter haben keine Ursache, den Unternehmern, die diesen Ruhrkrieg provoziert haben, durch ihre Steuerdrückberei, und die alle Lasten der Erfüllung den Proleten aufbürdeten, die Kosten dieses Krieges aufzubringen.

Die Empörung der Kumpels ist dem Bürgertum arg in die Knochen gefahren. Während läßt die kapitalistische Presseleute. Natürlich sind die Kommunisten diejenigen, die die Belegschaft zum Streit aufgehetzt haben. Die „Schlesische Zeitung“ sieht in ihrem Jadach-Koller jede Bewegung lediglich als Folge einer vom Genossen Jadach betriebenen Hege. Anlässlich dieses Streiks schreibt sie in ihrem gestrigen Abendblatt:

„In dem Augenblick, da begründete Hoffnung auf Beilegung des einen Konflikts besteht, fangen die Kommunisten bereits an, neue Unruhen zu stiften, wobei der berühmte Hege wieder seine Hand im Spiele hat. Infolge seiner Agitation sind heute von der Belegschaft der Preußengrube in Mieschowitz, die er schon vor einigen Wochen zu einem kurzen Streik ausgerufen hatte, 80 Prozent nicht eingefahren als Protest dagegen, daß ihnen am heutigen Sonntag ein Stundenlohn für die Ruhhilfe abgezogen wurde. Der Abzug war zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaft vereinbart. Der Grund dieses neuen Streiks zeigt deutlich, daß es sich um eine Bewegung mit hochverräterischen Zielen handelt.“

Da der Grund dieses neuen Streiks zu suchen ist in dem Raub eines Stundenlohnes für die sogenannte Ruhhilfe, ist somit das Beginnen der Unternehmern, die den Arbeitern diesen Stundenlohn buchstäblich rauben wollen, das „hochverräterische“ Beginnen!

### Vor einem Fasziistenputsch.

Fasziistenbehauptungen, Attentatspläne gegen die Genossin Klara Zetkin. — Die USPD-Führer gegen den proletarischen Selbstschutz — gegen die Bewaffnung proletarischer Hundertschaften.

In den letzten Tagen brachte die kommunistische Presse fortgesetzt Enthüllungen über das Treiben der reaktionären Organisationen, über das Treiben der deutschen Fasziisten, die gemeinsam mit den Reichswehroffizieren einen neuen „Kapp-Putsch“ planten. Die USPD-Führer, die diese Tatsachen ihren Mitgliedern unterzählten, sahen sich gezwungen, irgendetwas gegen die Fasziisten zu unternehmen. Steuerung als preußischer Innenminister ließ unter dem Druck der Massen — auch in Breslau — einige Fasziistenhauptidee festnehmen, bei den Deutschpöhlischen Hausdurchsuchungen vornehmen, wären beschlagnahmten usw. Aus einigen bei den Deutschpöhlischen beschlagnahmten Schriftstücken geht hervor, daß die Fasziistenkreuzer auch gegen die Genossin Klara Zetkin einen Aufschlag planten.

Seitdem, der führende General im Reichswehrministerium, das Haupt dieser reaktionären Pläne, klich aufgehoben. Von der bevorstehenden Verhaftung sind die Fasziistenhauptidee vorher benachrichtigt worden, so daß sie ihr Aktenmaterial mitnahmen.

Von den Verhafteten sind einige schon wieder freigelassen worden. Die ganze Aktion gegen die Fasziisten entpuppt sich als Theater. Gegen die Fasziisten wird ein ernsthafter Kampf vorgetrieben — um nach dieser Aktion gegen rechts

### eine neue Märzaktion

Gegen Linke vornehmen zu können. Die niederträchtigste Hege gegen die proletarischen Hundertschaften setzt auch prompt ein. Die reaktionäre Presse spricht von einer „Roten Armee“ in Deutschland!

Stiller hat die Auflösung der Deutschpöhlischen Freiheitspartei mit der Mobilmachung beantwortet. Die Fasziisten halten sich dienstfertigen ab. Kuziere werden ausgesucht, von Müllern wollen sie in Preußen und in Thüringen einfallen.

Severing hat „wegen drohender Unternehmungen“ r a d i a l e r (11) Elemente die Schupo alarmiert. Unter radikalen Elementen werden die fasziistischen Schupo-Offiziere nur Kommunisten verstehen, ein gefundenes Fressen für sie.

Auch Nothe sprach am 12. März 1920, einige Stunden vor dem Kapp-Putsch, von „radikalen Elementen, die die Regierung stürzen wollen.“ Wenige Stunden später war er geflüchtet. Jetzt ist die Situation eine ähnliche. Die Maßnahmen gegen die Fasziisten werden keine reaktionären Hund lahm machen — während gegen die proletarischen Hundertschaften mit aller Schärfe vorgegangen werden soll und vorgegangen werden wird, wenn sich die Proleten diese Provokationen noch länger gefallen lassen.

### Schlesische Rundschau.

#### Ein blümpes Mäudchen.

Die „Bergwacht“ lacht krampfhaft ihren und der USPD schwindenden Einfluss bei den Massen der erwachenden Bergarbeiter mit allen Mitteln zu stärken. Da es den Schreibern des Blattes an politischen und wirtschaftlichen Kenntnissen sowie journalistischen Fähigkeiten mangelt und sie zu einer sachlichen Kampfesweise — Grundsatze gegen Grundsatze — These gegen These — Behauptung gegen Behauptung — vollkommen unfähig sind, suchen sie ihre verlorene Sache mit Mitteln zu retten, die niedrigen Geistes nur einmal eigen sind — nämlich mit persönlichen Verleumdungen und Klatsch.

Jeder Funktionär, der für die kommunistische Partei auf dem Plan tritt, wird von den Bergwächtern belächelt und verleumdet. Wir brauchen die Arbeiter des Waldenburger Reviers nur an den überaus schmutzigen, persönlichen Kampf der Bergwacht gegen unsern Genossen Metzger zu erinnern, um die Verleumdungslust des Blattes zu illustrieren.

Bei dieser Methode ist das angeblich sozialdemokratische Organ so auf den Hund gekommen, daß es sich mit der Breslauer „Nachpost“ verschwört hat. Sinnlos bereits hat die Bergwacht Artikel der „Nachpost“ wörtlich abgedruckt. Kürzlich versuchte sie unter ironisch feierlichen Anzählungen zwischen den Zeilen unsern Genossen Kanski anzurempeln. Auch darauf blieben wir die Antwort nicht schuldig. Wir kannten die Melodie und ihre Verfasser und stellten die Bergwacht dorthin, wo sie nach ihrer schmutzigen Methode gehört — nämlich auf eine Stufe mit der „Nachpost“. In ihrer Wut darüber haben die Stribisaze des Blattes jede Befinnung und jedes Genuß verloren und drucken nun wörtlich die Verleumdungen des Gruschwitz gegen Genossen Kanski ab.

Gegenüber den Anwürfen des Gruschwitz und der Bergwacht weisen wir auf die in unserm Blatte veröffentlichten Erklärungen hin, aus denen hervorgeht, daß die kommunistische Partei, — obwohl sie von der Halsstarrigkeit der Angriffe überzeugt ist, — auf Antrag des Genossen Kanski die Angelegenheit untersucht. Die Untersuchung erfolgt um jeden Zweifel vollkommen zu tilgen und den Urheber der Verleumdungen — dessen Wahrheitsliebe in Breslau stadtbekannt ist — als rachsüchtigen Verleumder zu entlarven.

Niemals aber war es in einer Arbeiterpartei Sitte, vor Abklärung von Untersuchungen Angriffe gegen einen Politiker zu erheben, zumal jedes Kind weiß, daß jeder im öffentlichen Leben stehende auch persönlichen Angriffen ausgesetzt ist.

Als kürzlich die bürgerliche Presse schwere Vorwürfe gegen den Gemeindevorsteher und Abgeordneten Ströy-Krieger erhob, haben wir auch nicht mit einer Silbe davon Notiz genommen. Wir wissen daß die USPD 3 St. diese Angelegenheit untersucht und warten die Untersuchung ab.

Auch die KPD untersucht — wie schon betont — die Angriffe des Gruschwitz und zwar auf Antrag des Genossen Kanski, der selbst die Einsetzung eines Schiedsgerichts gegen sich beantragt hat.

## Ein Mann namens Samsa.

Ein sozialer Roman von Jac London.

8) Und die Gebärde dem Wort anpassend, schloß er die Augen und lehnte sich in seinen Sessel zurück. Ich weinte aus verletzter Stille. Wie in meinem Leben war ich so roh behandelt worden. Der Bischof und mein Vater waren verdrübt und befürt. Sie versuchten, die Unterhaltung in ruhigere Bahnen zu lenken; aber Ernst öffnete die Augen, sah nach mir hin und wandte den Kopf zur Seite. Sein Mund war starr, und ebenso seine Augen; und in den letzteren leuchtete kein Mitleid. Was er mir zu sagen im Sinne hatte, welche Züchtigung er mir zuteil werden lassen wollte, habe ich nicht erfahren, denn in diesem Augenblick ging ein Mann über den Fußsteig, blieb stehen und sah zu uns herein. Es war ein großer, ärmlich gekleideter Mann; auf seinem Rücken trug er eine große Last von Rohr- und Bambusstäben, Stühlen und Stiebeln. Er sah nach dem Hause hin, ungeschlüssig, ob er eintreten sollte, um zu versuchen, etwas von seiner Ware zu verkaufen.

„Der Mann heißt Jackson“, sagte Ernst.

„Mit seinem kräftigen Körper sollte er arbeiten und nicht hausieren, antwortete ich kurz.

„Beachten Sie seinen linken Knochel“, sagte Ernst höflich.

Ich sah, daß der Knochel leer war.

„Blut dieses Armes hörte ich von Ihren Nachbarn heruntertropfen“, sagte er wieder sehr höflich. „Er verlor seinen Arm in der Sierra-Spinnerei, und wie ein zusammengebrochenes Pferd warfen sie ihn auf die Landstraße, daß er dort sterbe. Wenn ich sage „Sie“, so meine ich den Direktor und die Beamten, die Sie und die übrigen Aktionäre für die Führung der Fabrik bezahlen. Es war ein Unfall, den er bei dem Versuch, der Gesellschaft ein paar Dollars zu retten, erlitt. Er kam mit dem Arm in die gepulverte Erzmühle. Er hätte den kleinen Stein liegen lassen sollen, den er zwischen den Zähnen sah. Es wäre nur eine doppelte Reihe von Stiften zerdrückt worden. Aber er langte nach dem Stein, und sein Arm wurde gepackt und von den Fingerringen bis zu der Schulter in Stücke zerlegt. Es war Nacht. Die Fabrik machte Überstunden. Es wurde eine letzte Dindende in jenem Quartal ausgeworfen. Jackson hatte viele Stunden gearbeitet, und seine Muskeln waren erlahmt, sie machten ihre Bewegungen ein wenig langsam. Deshalb packte ihn die Maschine. Er hatte eine Frau und drei Kinder.“

„Und was tat die Gesellschaft für ihn?“ fragte ich.

Nichts. Doch, sie tat etwas. Sie führte mit Erfolg den Prozeß durch, den Jackson wegen Schadenersatz anstrengte, als er aus dem Krankenhause entlassen war. Sie wußten, die Gesellschaft beschäftigt sehr tüchtige Arbeiter.“

„Sie haben nicht alles erzählt“, sagte ich mit Ueberzeugung. „Oder Sie kennen selbst die ganze Sache nicht. Vielleicht war der Mann unverschäm.“

„Unverschäm! Ja, ja, ha!“ Sein Lachen war teuflisch. „Großer Gott! Unverschäm! Und mit seinem verkümmerten Arm! Dessenungeachtet war er ein bescheidener und demütiger Slave, und es gibt keinen Beweis dafür, daß er unverschäm gewesen sei.“

„Aber das Gericht“, drängte ich. „Die Sache wäre nicht zu seinen Ungunsten entschieden worden, wenn da nicht mehr gewesen wäre, als Sie erwähnt haben.“

„Kolonel Ingram ist der führende Anwalt der Gesellschaft. Er ist ein spitzfingiger Advokat.“ Ernst sah mich einen Augenblick gespannt an, dann fuhr er fort: „Ich will Ihnen sagen, was Sie tun. Sie untersuchen den Fall Jackson.“

„Das hatte ich mir schon vorgenommen“, sagte ich frostig. „Gut“, sagte er gutmütig strahlend, „und ich will Ihnen sagen, wo Sie ihn finden. Aber ich zitiere bei dem Gedanken an alles das, was Sie durch Jacksons Arm erfahren werden.“

Und so geschah es, daß wir beide, der Bischof und ich, Ernsts Aufforderung annahmen. Sie gingen zusammen fort und ließen mich allein mit einem schmerzlichen Gefühl über das Unrecht, das mir und meiner Klasse zugesügt worden war. Dieser Mann war ein Satan. Ich hätte ihn und tröstete mich nur mit dem Gedanken, daß man kein anderes Benehmen von einem Manne der arbeitenden Klasse erwarten konnte.

### 3. Kapitel.

#### Jacksons Arm.

Ich lieb mir wenig von der verhängnisvollen Rolle träumen, die Jacksons Arm in meinem Leben spielen sollte. Jackson selbst machte keinen sonderlichen Eindruck auf mich, als ich ihn ausforschte. Ich fand ihn drunten am Ende der Marsch in einer wackligen, baufälligen Hütte. Um diese herum standen Sumpel stagnierendes Wasser, dessen Oberfläche mit einem grünen, fauligen Schlamm bedeckt war, aus denen ein unerträgliches Geruch emporstieg.

Nach meiner Beobachtung war Jackson der bescheidene und demütige Mann, als den ihn Ernst geschildert hatte. Er war mit der Herstellung eines Rohrgeschlechtes beschäftigt und arbeitete stumpfsinnig weiter, während ich mit ihm sprach. Aber trotz seiner Demut und Bescheidenheit glaubte ich das erste Zeichen einer wachsenden Erbitterung in ihm zu entdecken, als er sagte:

„Sie hätten mir immerhin einen Posten als Wächter geben sollen.“

Ich erfuhr nicht viel von ihm. Er machte den Eindruck eines Stumpfsinnigen, und doch schien die Gewandtheit, mit der seine Hand arbeitete, seinen Stumpfsinn Lügen zu strafen. Dies brachte mich auf einen Gedanken.

„Wie geschah das Unglück?“ Wie konnte Ihr Arm von der Maschine erlitt werden?“

Er sah mich behutlich und nachdenklich an und schüttelte den Kopf.

„Ich weiß nicht. Es ist halt passiert.“

„Fahrlässigkeit?“ fragte ich anreizend.

„Nein“, gab er zur Antwort. „So möchte ich es nicht nennen. Ich machte Überstunden, und ich glaube, daß ich etwas übermüdet war. Während der liebsten Jahre, die ich auf dem Werke arbeitete, habe ich die Beobachtung gemacht, daß die meisten Unglücksfälle gerade vor Arbeitsluß passieren. Ich möchte wetten, daß in der letzten Arbeitsstunde mehr Unfälle vorkommen, als während des ganzen Tages. Der Mensch ist nicht mehr so flink, wenn er stundenlang anstrengend gearbeitet hat. Ich habe zu viele zerrissen und ausgehöhlt und bis zur Unkenntlichkeit zerlegt gesehen.“

„Viele?“ fragte ich.

„Hunderte und Hunderte, auch Kinder.“

Mit Ausnahme der schrecklichen Einzelheiten war Jacksons Beschreibung seines Unfalls dieselbe, die ich bereits vernommen habe. Als ich ihn fragte, ob er etwa eine der Vorschriften bei der Bedienung der Maschine außer acht gelassen habe, schüttelte er den Kopf.

„Ich rih mit der rechten Hand den Dreibriemen ab“, sagte er, „und langte nach einem kleinen Stein mit der linken. Ich hielt nicht an, um nachzusehen, ob der Dreibriemen wirklich ab war. Ich nahm an, daß meine rechte Hand dies getan hätte — aber es war ja nicht der Fall. Ich langte schnell hin, aber der Riemen war nicht ganz ab. Und dann wurde mein Arm abgerissen.“

„Es muß sehr schmerzhaft haben“, sagte ich mitleidig.

„Das Krachen der Knochen war nicht schön“, lautete seine Antwort.

Seine Sinne waren in bezug auf die Klage wegen des Schadenersatzes etwas getrübt. Nur eins war ihm klar, nämlich das, daß er keinen Schadenersatz bekommen hatte. Er hatte das Gefühl, daß das Zeugnis des Direktors und des Werkleiters die nachteilige Entscheidung des Gerichtshofes bewirkt hatten. Ihr Zeugnis, wie er es hingestellt, war nicht das, was es hätte sein sollen.“ Und ich beschloß, diese Zeugen auszuforschen.

